

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 318
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 16. Dezember 1937.

Budgetberatung der Wiener Bürgerschaft

Bericht über die Sitzung vom 15. Dezember 1937.

Die Wiener Bürgerschaft begann Mittwoch abend unter dem Vorsitz des Vizebürgermeisters Lahr die Beratung über den Voranschlag der Stadt Wien und die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1938, den Rechnungsabschluss der Stadt Wien und die Bilanzen der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1936 sowie die Berichte des Rechnungshofes und des Kontrollamtes zum Rechnungsabschluss und zu den Bilanzen der städtischen Unternehmungen.

Die Generaldebatte und zugleich Spezialdebatte über das Hauptstück "Finanzamt" leitete der stellvertretende Leiter des Finanzamtes Senatsrat Dr. Leppa mit einer ausführlichen Übersicht über den Voranschlag 1938 ein. Der Berichterstatter besprach die Abänderungen, die sich im Aufbau und in der Gliederung des Voranschlages gegenüber dem Rechnungsabschluss 1936 ergeben, ferner die erst im Laufe des Jahres 1936 genehmigten Kredite sowie die nichtpräliminierten Einnahmen.

Nach Erstattung des Referates des Senatsrates Dr. Leppa ergriff Bürgermeister Richard Schmitz das Wort zu einer grossangelegten Rede, in der er sich zunächst mit dem neuen Finanzausgleich beschäftigte. "In Finanzfragen ist immer die Summe wesentlich", sagte der Bürgermeister. "Wien bekommt leider nicht mehr, als es nach dem bisherigen Finanzausgleich zu beanspruchen hatte; die ihm zugemessenen Anteile an dem Wiener Ertrag der gemeinsamen Abgaben haben keine Veränderung erfahren, wenn wir vom Wehrbeitrag absehen. Das sei ohne Genugtuung und ohne Bitterkeit gesagt. Schon der Finanzausgleich des Jahres 1934 war nur eine Verlängerung des ungünstigsten Finanzausgleiches, den die frühere Verwaltung im Jahre 1931 abgeschlossen hatte. Die Veränderungen des jetzigen Ausgleiches sind fast nur formaler Natur. Die bisherige pauschale Prozentziffer wurde durch die genaue Bestimmung des Wiener Anteiles an jeder einzelnen Abgabe ersetzt. Das hat schon seine Bedeutung. Dadurch ist die Stadt Wien aus der Situation der Pauschalzuweisung herausgekommen, die scheinbar einfacher, jedoch nicht ungefährlich war. Bei den Verhandlungen für den Finanzausgleich 1934 konnte ich folgende Formel durchsetzen: Wenn die Abgabenerträge über die Summe hinausgehen, die im Voranschlag 1935 vom Bund vorgesehen waren, dann wird zur Berechnung des Wiener Anteiles das System des Finanzausgleiches vom Jahre 1931 angewendet, dann wird der Voranschlag wieder beweglich und die Stadt Wien bekommt das ihr zustehende Plus dazu. (Lebh. Zustimmung). Diese Formel hat sich später wohltuend ausgewirkt. Der Nachteil war, dass sie mit einem sonst toten Gesetz verknüpft blieb. Nun ging es darum, ob eine weitere Erhöhung erreichbar erschien. Im neuen Finanzausgleich konnte ich nach langwierigen Verhandlungen erreichen, dass die Stadt Wien, wenn die Abgabenerträge in Wien über die Ziffern hinausreichen, die der Bund für das Jahr 1938 vorgesehen hat, nicht nur die vorgesehene Anteile, sondern noch 7 Prozent dazu bekommt, die die Entschädigung für die bewegliche Formel von 1934 darstellen. Eine gewisse Erleichterung erfuhr das städtische Finanzwesen schliesslich durch die Einrechnung der Unternehmungsbilanzen in die Haushaltssumme bei Aufnahme von Krediten. Alles in allem kann die Stadt Wien aber den Finanzausgleich, der ihr nicht die Erfüllung ihrer berechtigten Wünsche nach Erhöhung ihres Anteiles an dem Wiener Steueraufkommen gebracht hat, nicht als befriedigend bezeichnen.

Wenn Sie unseren Voranschlag als Ganzes anschauen, so werden Sie finden, dass für ihn der doppelte Gesichtspunkt charakteristisch ist. Arbeits-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

beschaffung und Fürsorge. Diese beiden Lichtpunkte strahlen überall aus dem Gesamtbilde heraus. So tritt der eminent soziale Charakter unseres Budgets in Erscheinung. Die Art und Weise, wie die Stadtverwaltung ihre Steuerhoheit gegenüber den Steuerträgern handhabt, wird gewiss in Einzelfällen zu Rekrinationen führen. Im allgemeinen habe ich aber im abgelaufenen Jahre den Eindruck gewonnen, dass man allgemeine Klagen über die Methoden zu führen keinen Grund mehr hat. Andere Stellen halten unserer Finanzverwaltung sogar vor, sie sei zu entgegenkommend. Dieser Vorhalt ist zweischneidig; vom Steuerträger gesehen ist er ein Lob, von Verwaltung aus unter Umständen ein Tadel. Der Vorhalt, die Finanzverwaltung sei zu milde, muss daher Gegenstand gründlicher Ueberlegung sein. Wir sind zum Schlusse gekommen, dem Vorhalte dadurch zu begegnen, dass wir die Gesetze der milderen, wirtschaftsfreundlichen Praxis anpassen. Diese Gesetzentwürfe sind schon beschlussreif gemacht.

Ein sehr ernstes Wort muss ich sagen: wir haben fast keine Reserven auf der Einnahmenseite, so dass wir tatsächlich genötigt sind, mit wachsamen Augen unsere Einnahmen zu hüten. Wir sind nicht in der Lage, leicht hin auf Einnahmen zu verzichten. Der Abgang in der laufenden Gebarung wird sich durch die Verträge, die wir im letzten Augenblick, wahrscheinlich morgen, zu beschliessen haben, auf ungefähr 9 bis 10 Millionen S erhöhen. Sicherlich ist dieser Abgang nicht erfreulich. Niemals kann ein Abgang in der laufenden Gebarung erfreulich sein. Auch mir wäre es viel lieber gewesen, ein in der laufenden Gebarung vollkommen ausgeglichenes Budget vorlegen zu können. Messen wir den Abgang an dem Gesamtumfang unseres Voranschlages, so bedeutet er etwas über 2 Prozent. Eine Gefährdung des inneren Gleichgewichtes muss also nicht befürchtet werden. Weniger Kopfzerbrechen macht es mir, dass wir die Arbeitsbeschaffung ausschliesslich mit Krediten bedecken müssen, weil der Kredit der Stadt Wien gottlob noch lange nicht ausgeschöpft ist und weil in Zeiten ungewöhnlicher Notlage auch die Verwendung ungewöhnlicher Einnahmen berechtigt erscheint. Ich fasse zusammen, der Voranschlag für 1938 buht auf zuverlässiger Grundlage. Er ist nicht so erfreulich, wie wir ihn alle wünschen möchten, bietet aber auch keinen Grund zu ernster Besorgnis. Er fordert aber eine gewissenhafte Finanzgebarung.

Ich komme nun zum zweiten Kapitel: Arbeitslosigkeit und Arbeitsbeschaffung. Zu Beginn des Herbstes hatte ich Gelegenheit, anlässlich einer Gleichfeier in Hasenleiten über die Auswirkung der Arbeitsbeschaffung der Bundesregierung sowie der Rüstungskonjunktur und der Weltkonjunktur auf Oesterreich zu sprechen. Ich musste damals feststellen, dass Wien weder von der Rüstungskonjunktur noch von der Weltkonjunktur einen besonderen Nutzen hat. Vor einigen Wochen liess ich eine statistische Analyse der Wiener Arbeitslosen ausarbeiten. Rechnet man den Anteil der verschiedenen Berufsgruppen an der Arbeitslosigkeit in Prozenten aus, so ergibt sich, dass von hundert Wiener Stellensuchenden rund ein Drittel Hilfsarbeiter sind, über 16 Prozent, also ein Sechstel entfällt auf die Eisen- und Metallverarbeitung, die drittgrösste Gruppe ist das Baugewerbe mit etwas über 9 Prozent. Wenden wir die gleiche Methode auf die unterstützten Arbeitslosen an, dann verändert sich das Bild nur wenig, doch immerhin bedeutsam: Die Zahl der Hilfsarbeiter sinkt auf rund 26 Prozent, die Zahl der Eisen- und Metallarbeiter steigt auf fast 18 Prozent und die der Bauarbeiter auf nahezu 11 Prozent. Das also sind die drei grössten Gruppen der Wiener Arbeitslosigkeit. Wie können wir helfen? Hilfsarbeiter brauchen Arbeiten, für die keine besondere Vorbildung des Arbeiters erforderlich ist, wie Erdarbeiten, Wasserarbeiten usw. Solche sind leider in einer Zweimillionenstadt seltener als auf dem Lande. Bei der Höhenstrasse und bei dem grossen Wasserbehälter kommen ja sehr grosse Erdbewegungen in Betracht, weniger schon bei der Wientalstrasse. Der Hoch- und

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am

Tiefbau erfordert in Wien bereits eine gutgeschulte Arbeiterschaft. Der Begriff Hilfsarbeiter ist vieldeutig. Für die etwa 50.000 Arbeitslosen dieser Gruppe besitzen wir kein genügendes Wissen über ihre wirtschaftliche Verwendbarkeit. Schon vor längerer Zeit habe ich deshalb mit dem zuständigen Ministerium gesprochen, um die Zustimmung zu einer Ueberprüfung dieser Gruppe der Hilfsarbeiter zu erhalten. Mir geht es darum, festzustellen, welche von ihnen für bestimmte Verwendungen Kenntnisse oder Fähigkeiten besitzen oder sie nachträglich noch erlernen könnten, damit ihre Versorgung mit Arbeit erleichtert wird. Mir geht das schreckliche Elend dieser Unglücklichen zu nahe, als dass ich ruhig zusehen könnte. Ist doch fast jeder zweite Hilfsarbeiter Wiens ausgesteuert, so dass er nicht einmal mehr die Arbeitslosenunterstützung oder Notstandsunterstützung bekommt! Von dieser Entwicklung bin ich so beunruhigt, dass ich alles, was in meinem Bereiche liegt, tun will, um dieser grössten Gruppe der Wiener Arbeitslosen helfen zu können, und ich bitte alle Räte der Stadt Wien, diese Bemühungen zu unterstützen. (Gr. Beifall).

Die Gruppe der Metall- und Eisenarbeiter entzieht sich grösstenteils dem Einfluss der Stadt Wien auf dem Arbeitsmarkt, weil die Arbeitslosigkeit hier grösstenteils mit der Entwicklung der Ausfuhr zusammenhängt. Wenn wir unsere Auslandsmärkte zurückbekommen, so könnten diese fast durchaus gelernten Arbeiter von guter Qualität wieder in Arbeit gestellt werden. Die Stadt Wien hat es nicht verabsäumt, die Metall- und Eisenarbeiter bei ihrer Arbeitsbeschaffung zu berücksichtigen, die Stadt Wien kann aber den fehlenden Export nicht ersetzen.

Die drittgrösste Gruppe ist die der Bauarbeiter in Industrie und Gewerbe. Hier sehe ich die Möglichkeit, durch eine stärkere Berücksichtigung der Bautätigkeit in der Arbeitsbeschaffung eine wohltätige Wirkung zu erzielen, die überdies auch einer Anzahl von grösseren und kleineren Betrieben zugute kommen, deren Erzeugnisse für die Bauführung notwendig sind. Darum habe ich geglaubt, die Aufmerksamkeit der Stadtverwaltung vor allem auf die Förderung der Bautätigkeit lenken zu sollen. Die neue Stadtverwaltung war immer bemüht, die gewerblichen und industriellen Betriebe, die von der Bautätigkeit abhängen, mit Aufträgen zu bedenken. Ein Rückblick auf die Arbeitsbeschaffung seit dem Beginn der neuen Verwaltung liefert dafür sinnfällige Beweise. Einschliesslich der Ziffern des Voranschlages 1938 wurden bisher 6 Millionen S für Brückenbauten, 47¹/₄ Millionen S für Strassenbauten, 10¹/₃ Millionen S für die Höhenstrasse, 5 Millionen S für die Wientalstrasse und 5¹/₈ Millionen S für neue Strassendecken ausgegeben. Die Ausgaben für Strassenbau erreichen also die stattliche Höhe von 68¹/₅ Millionen S. Dies ist in den paar Jahren eine Leistung, die wir 1934 nicht ohneweiters erwartet hätten. Dennoch wird mancher Klage erheben, dass viele Strassen noch nicht in gutem Zustande seien, man darf aber nicht übersehen, dass fünfzehnjährige Vernachlässigungen sich nicht so leicht nachholen lassen, zumal durch die gesteigerte Motorisierung des Fuhrwerkes eine stärkere Abnutzung eingetreten ist. Gleichwohl wurde eine gewaltige Leistung vollbracht, auf die wir stolz sein können.

Im Hochbau haben wir in diesem Jahren 3 neue Schulen um 3¹/₄ Millionen S, Wohnhäuser um 28¹/₁ Millionen S, Familienasyls und Fürsorgeheime um 10¹/₈ Millionen S errichtet, so dass wir also mit den Beträgen für die Assanierungs- und Hausreparaturfonds für den Hochbau, nicht gerechnet andere einschlägige Arbeiten, die beträchtliche Summe von 76¹/₅ Millionen S bisher aufgewendet haben. Dazu kommen z. B. noch verschiedene Instandsetzungen mit einer Aufwendung von 12 Millionen S, der Lainzer Wasserbehälter mit mehr als

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am

4 Millionen S, die Kanalbauten mit 8 Millionen S, durchwegs Aufträge für die Bauunternehmungen. Da darf man wohl sagen: auch hier hat die Stadtverwaltung eine ganz ungewöhnliche Leistung in dieser schweren Zeit vollbracht, um der bedrängten Wiener Wirtschaft und der notleidenden Arbeiterschaft zu Hilfe zu kommen. Private Fabriks- und Werkstättenbauten spielen leider vorläufig keine grosse Rolle, weil wir noch leerstehende Fabriken haben und wenig Bedarf nach Neubauten besteht. Das ist zu bedauern. Das Baugewerbe würde eine gesteigerte Beschäftigung finden und neue Fabriken würden die Hoffnung erwecken, dass doch durch Pflege neuer Wirtschaftszweige ein grosser Teil unseres kostbaren Schatzes, die brachliegende Arbeitskraft, wieder in den Kreislauf der Wirtschaft eingeschaltet würde. Solange dafür die Aussichten nicht befriedigen, müssen wir uns dem anderen Kapitel, das immer das grössere der Bautätigkeit war, der Schaffung von Wohnraum, widmen. Diese Sorge würde ich gerne der Privatinitiative überlassen, wenn diese nur in halbwegs ausreichendem Umfange zu bemerken wäre! Das Schreiben dicker Bücher und Abhalten wochenlangender Sitzungen zur Erforschung der Ursachen ändert nichts an der betrüblichen Tatsache. Vor einem himmelblauen Optimismus, der radikale und radikalste Lösungen vorschlägt, muss man sich in Acht nehmen. Ein Zustand, der sich in 20 Jahren entwickelt hat, kann auch mit der grössten Energie und dem besten Willen nicht während kurzer Zeit in das Gegenteil umgekehrt werden. Vielmehr bedarf es in solchen Fällen einer langen Uebergangszeit, damit ohne neuerliche Erschütterungen in anderen Teilen der Wirtschaft eine Verteilung der Kaufkraft erfolgen kann, die eine Belebung der Wohnbautätigkeit fördern könnte. Von dieser Zwangslage darf man die Augen nicht verschliessen, wenn sie auch noch so unangenehm ist. Nur wer mit offenen Augen sieht, finden den zielführenden Weg. Das Ziel aller Wirtschaftspolitik ist und bleibt die allgemeine Wohlfahrt; dies ist auch der Masstab der Wirtschaftspolitik.

Die Stadt Wien hat sofort nach Erlassung des Wohnbauförderungsgesetzes ihre Ansprüche in reichem Masse angemeldet. Eine grosse Reihe solcher Bauten wurde aufgeführt, nicht Riesenbauten wie früher, sondern vor allem kleinere und mittlere Bauten, die Baulücken ausfüllen und baufällige Häuser durch neue ersetzen. Damit wurde ein nützliches und gutes Beispiel gegeben. Auch private Unternehmer-leider nicht zahlreich genug-haben diesen Weg beschritten. Neben dem Wohnhausbau ^{werden} 1938 mehrere grosse Zweckbauten in Wien begonnen oder beendet. Ich verweise da auf den geplanten Neubau eines Gebäudes für die Generalpostdirektion, der mit Beginn des Jahres 1938 in Angriff genommen wird, ^{und} auf die zwei bedeutenden Bauten der V.F..

Das Stadtbauamt hat mir eine Uebersicht der 1938 zu erwartenden Bautätigkeit ausgearbeitet. Die Wohnraumschaffung stellt dabei den weitaus grössten Teil. Der Bürgermeister nennt einige Ziffern, er erwähnt die 26 stadteigenen Wohnhausbauten, den Bau in Hasenleiten, das Familienasyl im 10. Bezirk, die zusammen 2.222 neue Wohnungen enthalten werden. Die für 1938 vorgesehenen Assanierungsbauten weisen 868 Wohnungen aus, schliesslich sind in privaten Wohnhausbauten zusammen 1.800 neue Wohnungen zu erwarten. Insgesamt werden im nächsten Jahre 4.910 Wohnungen fertiggestellt werden.

Die rein privaten Mittel haben an dieser Wohnbautätigkeit einen Anteil von 36 Prozent, die gemischte öffentliche-private Finanzierung 18 Prozent und die rein öffentliche 46 Prozent. Mehr als die Hälfte des Wohnungsbaues kommt also nur durch Beistellung öffentlicher Mittel zustande. Wenn man die ~~gesamte~~ Bautätigkeit einschliesslich Schulen, Postdirektion, Fronthäuser usw. zusammennimmt, so ergibt sich, dass die Stadt Wien allein 1938 mehr als 37 Millionen S für die Bautätigkeit ausgibt und dass im kommenden Jahre ein gesamt-ter Bauaufwand von rund 90 Millionen S zu erwarten ist. Diese Ziffern rechtfertigen, dass man dem Pessimismus entgegentritt, der immer noch laut

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am.....

wird. Bautätigkeit in Wien bedeutet allerdings nicht, dass die aufzuwendende Summe ganz in Wien umgesetzt wird. Ein erheblicher Teil wird ausserhalb Wiens in Baustoffen investiert. Nach Schätzungen werden 20 Prozent, das sind 18 Millionen S, der Wirtschaft ausserhalb Wiens zugute kommen. Eine annähernde Berechnung des Lohnanteiles ergibt, dass von den 90 Millionen rund 55 Millionen auf Löhne und Gehalte entfallen. Das wird alle jene Wirtschaftskreise interessieren müssen, die ein Interesse an der Kaufkraft der Bevölkerung haben. In Arbeitstage zu 8 Stunden umgerechnet, ergibt das in runden Zahlen 2'5 Millionen Arbeitstage für Bauarbeiter und über 2 Millionen Arbeitstage für die Bauhandwerker.

Noch eine interessante Frage möchte ich kurz beleuchten. Sie erinnern sich, dass ich 1934 den Standpunkt vertreten habe, die Stadtverwaltung müsse sich bemühen, ein Zusammenwirken der öffentlichen Mittel mit dem Privatkapital zu erreichen. Diese fruchtbare Idee wurde im Assanierungsfonds- und Hausreparaturfonds verwirklicht und hat zu ganz neuartigen Einrichtungen der Gemeinschaftsarbeit von Zweigen der städtischen Verwaltung mit Gruppen der Privatwirtschaft geführt. Die erste derartige Einrichtung war die Gasgemeinschaft. Das Ergebnis des Jahres 1934 sah wie ein Versager aus, schon im Jahre 1935 aber wurde der Umsatz auf rund 800.000 und 1937 auf voraussichtlich mehr als 2 Millionen S gesteigert. Sodann bespricht der Bürgermeister die Elektrovereinigung, die bisher einen Umsatz von 1'8 Millionen S erzielte. Nun soll eine dritte Arbeitsgemeinschaft neu geschaffen werden, um die Modernisierung veralteter Klosetts zu fördern. Die bisherigen Versuche haben gezeigt, dass ein sicherer Erfolg zu holen ist, wenn die beteiligten privatwirtschaftlichen Kreise mehr Initiative, mehr Kundenwerbung anzuwenden lernen.

Abschliessend bemerkt der Bürgermeister zum Kapitel Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosigkeit, dass die Aufstellung des Programmes aus einer ernsten und gewissenhaften Prüfung des Arbeitsmarktes und dessen Einzelproblemen hervorgegangen ist, um die voraussichtlich erfolgreichsten Verwendungsmöglichkeiten zu ermitteln. Möge das Jahr 1938 unsere Hoffnungen erfüllen!

Zum Kapitel der Familienpolitik übergehend, verwies der Bürgermeister auf die Bemühungen, die Haupteinrichtung der städtischen Familienpolitik, nämlich die Familienasyle, für Religion und Staat, Volk und Vaterland so wichtigen Zweck möglichst restlos dienstbar zu machen. Grosse Sorge bereitete uns die Arbeitsbeschaffung für die arbeitslosen Familienerhalter. Im Jahre 1937 ist es uns gelungen, immerhin 385 dieser Familienväter mit einer Saisonarbeit zu versorgen. Damit konnte ihnen wenigstens das lähmende Gefühl, rettungslos und aussichtslos verloren zu sein, genommen werden. (Beifall.) Wir wissen, dass diese Ziffer nur einen ersten Erfolg bedeutet und des Ausbaues bedarf. Daher ist es unser Bestreben, im Jahre 1938 die Beschäftigung der in Betracht kommenden kinderreichen Familienväter wesentlich zu steigern. Leider sind wir fast ausschliesslich auf Beschäftigungsmöglichkeiten innerhalb der Stadtverwaltung angewiesen und werden von dem Facharbeitsnachweisen noch zu wenig unterstützt (Zwischenrufe! Leider!) Ich will das nicht als einen Vorwurf vorbringen, doch muss ich die Wahrheit sagen, denn der Erfolg könnte weit grösser sein, wenn es möglich wäre, ein Zusammenwirken aller Behörden zu erreichen (Zustimmung). Auch in dieser Richtung werden wir unsere Bemühungen fortsetzen. Was wir für die Familien in den Asylen brauchen, sind mehr als 800 Arbeitsplätze! Väter kinderreicher Familien werden in diesem Winter - das ist auch eine Neuerung - bei der Zuweisung von Schneearbeit begünstigt werden. Im allgemeinen werden sich meldende Besitzer von Fürsorgebüchern A und

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VI. Blatt

Wien, am

B in erster Linie berücksichtigt werden. Durch die Erfahrungen der letzten Schneesaison belehrt, wenden wir nun das bewährte System der Fürsorgebücher an. Hier kommen keine politischen Gesichtspunkte in Betracht, sondern, wer die grössere Bedürftigkeit erleidet, der kommt zunächst dran (Bravo-Rufe). Der Bürgermeister bespricht auch Versuche asozialer Elemente, die in einem Familienasyl beobachtet wurden, und erklärt, dass bei aller Güte auch die erforderliche Autorität angewendet wird. Insassen, die dem Fürsorgepersonal gegenüber ein aggressives Verhalten zeigen sollten, erweisen sich des Aufenthaltes in den Familienasylen als unwürdig. (Lebhafte Zustimmung). Im übrigen werden wir unsere Familienpolitik, wie wir sie bisher betrieben haben, nicht nur fortsetzen, sondern mit der gebotenen Klugheit ein neues Gebiet betreten. Unter der Voraussetzung der erforderlichen Bewegungsfreiheit habe ich die Absicht, den Magistrat zu beauftragen, mit den internen Vorarbeiten zu einer Reform des städtischen Dienstrechtes zu beginnen, um modernen Grundsätzen, vor allem dem der heute überall als notwendig anerkannten Familienpolitik auch im städtischen Dienstrecht Geltung zu verschaffen. (Grosser Beifall). Diese Vorarbeiten werden wohl geraume Zeit brauchen, denn es wird mit der Bundesregierung und schliesslich mit der Angestellten-schaft zu verhandeln sein. Angesichts der heutigen Finanzlage wird die finanzielle Auswirkung zunächst nur bescheiden sein können, der Umbau solcher Grundsätze erscheint aber notwendig, sollte ihre praktische Verwirklichung auch nur etappenweise erfolgen.

Der Bürgermeister verweist auf Anregungen, ^{die} in der "Reichspost" erschienen waren, jungen Brautpaaren finanzielle Beihilfen usw. zu gewähren, und erklärt, er werde die Magistratsdirektion beauftragen, diese Vorschläge auf ihre Durchführbarkeit in budgetärer und organisatorischer Hinsicht raschestens zu prüfen. Die Schliessung junger Ehen zu fördern, sei heute eine schöne und dankenswerte Aufgabe der Stadtverwaltung, die dabei zunächst nur an die jungen städtischen Angestellten denkt.

Dann wendet sich der Bürgermeister der Jugendfürsorge zu und sagt: Immer und immer wieder habe ich im Hauhaltungsausschuss und bei anderen Gelegenheiten die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit auf die bedrohliche Lage unserer schulentlassenen Jugend gelenkt. In der Beurteilung der Schwierigkeit und Gefährlichkeit dieser Tatsache bestehe keine Meinungsverschiedenheit. Das ist freilich nur ein kleiner Trost; denn sofort steigen die Schwierigkeiten auf, wenn ich mich bemühe, die Erkenntnis praktisch zu verwerten. Grundsätze, die auf dem Papier theoretische Entschliessungen bleiben, haben für Jugend und Vaterland wenig Wert. Mich bedrückt es, zusehen zu müssen, wie die Zahl der berufslosen Jugendlichen Jahr für Jahr wächst. Viele Tausende schulentlassener Jugendlichen haben wenig Aussicht, sich in einem Berufe auszubilden. Da muss ein Weg gefunden werden, um diesen Tausenden zu helfen. (Lebh. Zustimmung). Diese Erscheinung ist freilich keine österreichische Spezialität, sie ist auch in anderen Grosstädten wahrzunehmen. Das hat mit Politik nichts zu tun. Ich denke nicht im Traume daran, das Institut der bewährten Meisterlehre anzulasten. Ich habe aber die ernsteste Besorgnis, dass sehr viele gewerbliche Betriebe sich in ihrem Wesen so verändert haben, dass sie heute die Ausbildung von Lehrlingen nicht mehr zu übernehmen vermögen. Mit Steuerermässigungen allein, wie angeraten worden ist, kann da nicht geholfen werden. Der Bürgermeister erklärt mit Nachdruck: Ich bin bereit, 1938 einen Antrag auf Ermässigung der Fürsorgeabgabe zu stellen, aber nur dann, wenn die Garantie erbracht wird, dass damit auch wirklich prak-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VII. Blatt

Wien, am

tischer Nutzen gestiftet würde, das heisst, wenn die Garantie der Unterbringung einer genügend grossen Zahl von Lehrlingen erbracht wird. In der Lehrlingsfrage ist bisher fast kein Fortschritt erzielt worden, das muss man offen einbekennen. Wir müssen also einen Weg suchen und wir werden ihn mit ernstem Willen auch finden. In ihrem eigenen Wirkungskreis hat die Stadt Wien durch Subventionen nach Möglichkeit versucht, für arbeitslose Jugendliche Ausbildungsmöglichkeiten zu schaffen. Mehr als 1 Million S wurde dafür aufgewendet, auf die Dauer werden diese Mittel nicht ausreichen. Sie sind auch nur als eine bittere Not überbrückende Zwischenlösung gedacht, die wirkliche Lösung muss daher bald gefunden werden. Der Bürgermeister erklärt, er habe selbst die Vorschläge zur Lehrlingsfrage, die von Gewerbe, Handel, Industrie, Gewerkschaftsbund und von der Jugend selbst gemacht worden sind, geprüft und daraus die Anregungen, die in dem Bereich der Stadtverwaltung fallen, zusammengestellt; diese werden nun auf ihre Durchführbarkeit mit den Mitteln der Stadtverwaltung geprüft. "Teilen Sie mit mir das Bewusstsein der Verantwortung, die wir, die Generation von heute, vor Volk und Vaterland für die Generation von morgen zu tragen haben", sagt der Bürgermeister, "und helfen Sie mir, einen Weg zu finden, der die Schulentlassenen ins Berufsleben führt, damit sie gute Oesterreicher werden. Alle die vielen Verschönerungen unseres geliebten Wien, alle Erleichterungen des Lebens unseres Volkes, auch die Erweiterungen des Wald- und Wiesengürtels sollen ja nicht nur uns Freude machen, sondern vor allem unseren Kindern, der Jugend von Wien, der Zukunft von Oesterreich, der Zukunft unseres Volkes und Vaterlandes! (Stürmischer, langanhaltender Beifall).

Rat Ing. Elsinger dankt der Finanzverwaltung für ihre vorsichtige Finanzgebarung und für die grossen Mittel, die sie trotzdem immer wieder und im kommenden Jahre sogar in leichterhöhten Masse der Arbeitsbeschaffung zur Verfügung stellt. Es sei das Wichtigste, Massnahmen zu ergreifen, die zur Behebung der Arbeitslosigkeit führen. Redner tritt der Ansicht entgegen, dass die Industrie die Aufnahme von Arbeitslosen sabotiere und die Aufträge, die ihr durch die öffentliche Hand zukommen, nur durch Rationalisierung und Überstunden bewältige. Die Überstunden in ganz Oesterreich betragen insgesamt nur 5 Prozent der Arbeitszeit, überschreiten also nicht das gesetzlich zulässige Mass. Der Redner bespricht sodann die Möglichkeiten, der Gesamtindustrie einen entsprechenden Auftrieb auf gesunder Grundlage zu verschaffen. Dies wäre durch Hebung der Kaufkraft im Inneren und durch eine Hebung des Exports möglich. Er erörtert Vorschläge dafür und bittet den Bürgermeister, seinen Einfluss in diesem Sinne geltend zu machen.

Rat Engelbrecht wünscht die Ermässigung der Fürsorgeabgabe im Bankgewerbe von 6 auf 4 Prozent, das die Steuer, die zur Zeit einer guten Konjunktur gerechtfertigt schien, heute nicht mehr ertrage.

Rat Ing. Herrmann begrüsst es, dass im Voranschlag für das Jahr 1938 Vorsorge für eine erhöhte Arbeitsbeschaffung getroffen wurde. Mit Genugtuung stelle er als Vertreter des Baugewerbes und der Technik fest, dass Wünsche dieser Standesgruppe berücksichtigt worden sind, insbesondere durch die Novellierung der Bauordnung und die Schaffung eines Zwischenkreditinstitutes. Es wäre zu wünschen, dass der Bürgermeister zugunsten einer Novellierung des Wohnaufförderungsgesetzes interveniere, weil das Gesetz in der jetzigen Form nicht genügend erscheine.

Rat Simon bespricht die Not des Wiener Taxigewerbes; vielleicht wäre den Kleinunternehmern dadurch zu helfen, dass ihnen der Kreditverein der Zentralsparkassa einen Kredit auf die Dauer von 8 Jahren zuwende und als

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VIII. Blatt

Wien, am

Sicherstellung sich mit der Lizenz begnüge.

Rat Dr. Trautzl weist darauf hin, dass die Stadtverwaltung darauf bedacht ist, auch die kulturellen Angelegenheiten zu fördern. Durch die Erhöhung der Post für die Arbeiterbüchereien um 60000 S ist eine überaus wertvolle Leistung geschehen, denn für schwergeplagte oder arbeitslose Mitbürger, die schon am Verzweifeln sind, bedeutet die Lektüre eines guten Buches einen wertvollen Halt für ihr Leben. Des weiteren möchte Redner auf eine Budgetpost aufmerksam machen, die jeden, der die Verhältnisse kennt, mit schwerer Besorgnis erfüllen muss. Es sind die Bezüge der Lehrer um rund 26000 S niedriger angesetzt als im Vorjahre. Das bedeutet nicht, dass die Entlohnung der Lehrer geringer geworden ist, sondern dass die Zahl der Schüler so bedeutend abnimmt, dass eine grössere Anzahl der Lehrkräfte nicht mehr verwendet werden kann. In fünf Jahren werden 750 Klassen weniger notwendig sein und mindestens 600 Lehrer überflüssig werden. Ueberdies wird auch eine grössere Zahl von Schulpersonen und Handwerkern, die an der Schule beschäftigt sind, nicht mehr gebraucht werden. Das Geburtendefizit von 3000 Kindern bedeutet 10.000 Arbeitslose mehr. Alle Bemühungen, die Arbeitslosigkeit zu unterdrücken, sind erfolglos, wenn infolge des Geburtenrückganges neue Arbeitslose entstehen müssen. Wir begrüßen es daher, wenn durch Beihilfen für kinderreiche Familien endlich das Bewusstsein hervorgerufen wird, dass der weitere Geburtenrückgang den Tod des Volkes bedeutet. Die Ursache für den Geburtenrückgang liegt aber nicht nur in der wirtschaftlichen Lage. Dort, wo der Geburtenrückgang am allergrössten ist, dort ist die grösste Wohlhabenheit zu finden. Einzig und allein die Bequemlichkeit vieler Menschen ist schuld daran. In den Mittelschulen ist nicht mehr die Auslese der besten Kinder, heute gibt es ja in den meisten Familien nur ein Kind, das in das Studium hineingezwungen wird. Ich möchte daher die Bitte an den Herrn Bürgermeister richten, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, dass unsere Jugend in das Berufsleben hineingeführt werde, dass die kinderreichen Familien gefördert werden und dass den jungen Männern die Möglichkeit gegeben werde, eine Familie zu gründen. Damit werden wir der Sorge der Arbeitslosigkeit am besten begegnen.

Die Sitzung wird hierauf in später Nachtstunde abgebrochen.

.....